

Stand: 08.02.2026 06:07:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17814

"Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17814 vom 18.07.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 110 vom 20.07.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18858 des BI vom 24.10.2017
4. Beschluss des Plenums 17/19039 vom 14.11.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 14.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Reinhold Strobl** und **Fraktion (SPD)**

Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die berufliche Bildung gegenüber dem akademischen Weg zu stärken.

Insbesondere müssen die Mittel- und Realschulen ausreichend finanzielle und personelle Mittel bekommen, dass sie die Berufsorientierung hin zu dualen Ausbildungsgängen noch intensiver in den Mittelpunkt stellen können.

Ziel muss sein, die berufliche und akademische Bildung als gleichwertig für jedermann sichtbar in allen Abschlüssen zu machen. Dazu müssen die Eltern in den schulischen Informationsveranstaltungen darauf hingewiesen werden, dass der Meisterbrief als Abschluss im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR/EQR) dem Niveau 6 entspricht und damit dem Bachelor entspricht.

Begründung:

Jahrelang wurde die Bildungspolitik in Bayern durch die Debatte ums Gymnasium bestimmt. Dadurch sind alle anderen Schularten in der öffentlichen Wahrnehmung oft zu kurz gekommen. Vor allem die hervorragende Arbeit der Mittel- und Realschulen als vorbereitende Schularten für die berufliche Bildung ist nicht ausreichend gewürdigt worden. In der Wahrnehmung vieler Eltern gilt die akademische Bildung immer noch als höherwertiger. Dabei sind berufliche und akademische Bildung definitiv gleichwertig. In jedem Meisterbrief muss der Hinweis stehen, dass der Abschluss im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen (DQR / EQR) dem Niveau 6 entspricht. Dieser Stufe ist auch der Bachelor zugeordnet. Dazu stellt das Bundesministerium für Forschung und Bildung auf seiner Homepage fest: „Der Hinweis auf das DQR-Niveau ist bildungspolitisch ein Meilenstein. Denn dieser Satz macht die Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung deutlich und unterstreicht den hohen Stellenwert des deutschen Meisters. Ein Meister muss sich nicht hinter einem Akademiker verstecken. ... Der deutsche Meisterbrief hat sich bewährt. Er ist ein Qualitätssiegel.“

Vielen Eltern ist der Stellenwert der beruflichen Bildung nicht bewusst. Deshalb muss schon in den Informationen der Grundschulen, aber auch fortan in Mittel- und Realschulen intensiv für den beruflichen Einstieg über duale Ausbildungsgänge geworben werden. Besondere Chancen eröffnet in den letzten Jahren auch der Weg über die Realschulen. Deshalb sind die immer noch großen Klassen in dieser Schulart zügig abzubauen, um beste Voraussetzungen zu einem gelingenden Einstieg in die berufliche Ausbildung zu schaffen.

diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Herr Abgeordneter Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/17836 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Josef Zellmeier (CSU): Aber jetzt in einer geänderten Form!)

– In der veränderten Fassung. Das heißt, dass der letzte Satz gestrichen wird. Dies ist die veränderte Fassung. – Wer also diesem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER in der veränderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos) und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dann auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Zu guter Letzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/17837 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen – –

(Zurufe)

– Entschuldigung. Also: CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Kollege Felbinger hat vorhin bei Zustimmung mitgestimmt. Jetzt Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung bei Claudia Stamm (fraktionslos). Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/17813 mit 17/17816 sowie auf den Drucksachen 17/17818 und 17/17819 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir es geschafft.

(Allgemeiner Beifall)

Führen wir jetzt noch unsere Tradition weiter.

Ich komme zum letzten Punkt unserer Tagesordnung:

Schlussworte

Ich darf jetzt Frau Kollegin Bause das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Präsidentin! Selbst nach fast 18 Jahren im Landtag gibt es immer noch Dinge, die man zum ersten Mal macht. So stehe ich heute zum ersten Mal hier, um für die Opposition die Worte zur Verabschiedung in die Sommerpause zu sprechen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Markus Rinderspacher und den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die mir die Gelegenheit geben, an dieser Stelle vor dem Plenum zu reden. Der Grund dafür ist eine besondere Situation; denn es ist wahrscheinlich meine letzte Rede hier im Bayerischen Landtag.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

– Ich höre das Bedauern. Danke schön.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die Ungewissheit, Frau Bause!)

Wenn die Wählerinnen und Wähler es wollen, werde ich ab Herbst dieses Jahres dem Deutschen Bundestag angehören. Ich freue mich sehr über diese Geste, lieber Markus, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Sie zeigt, dass es in der Politik bei aller Konkurrenz auch Großzügigkeit gibt, und sie zeigt, dass Demokratie nicht allein davon lebt, die eigenen Ansprüche und Rechte durchzusetzen, sondern auch von Souveränität und einem guten Miteinander. Oder wie wir hier in Bayern sagen: Leben und leben lassen. Ich glaube, es würde dem Landtag guttun, wenn wir alle gemeinsam und öfter nach diesem Grundsatz handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Zum Abschied gehört als Erstes der Dank, der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts in allen seinen Abteilungen für ihre stete Hilfsbereitschaft, für ihre Zuverlässigkeit und für ihre große Einsatzbereitschaft. Danke an die Polizistinnen und Polizisten und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Pforte dafür, dass sie immer für unsere Sicherheit da sind. Danke an den Sanitätsdienst, der im Notfall immer schnell zur Stelle ist. Danke an die Reinigungskräfte, die wohl am besten mitbekommen, dass zwar vom papierlosen Landtag geredet wird, dass wir aber noch weit davon entfernt sind. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien und in den Fraktionen. Danke an die Vertreterinnen und Vertreter



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/17814

**Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit
gegenüber dem akademischen Weg herausstellen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Kathi Petersen**
Mitberichterstatlerin: **Ingrid Heckner**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 69. Sitzung am 28. September 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 167. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 63. Sitzung am 24. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Reinhold Strobl** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/17814, 17/18858

Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Kathi Petersen

Abg. Ingrid Heckner

Abg. Johann Häusler

Abg. Thomas Gehring

Abg. Alexander Muthmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen (Drs. 17/17814)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Petersen. Bitte schön, Frau Petersen.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag, den wir im Juli als Dringlichkeitsantrag gestellt haben, ist auch jetzt noch aktuell, nachdem das neue Ausbildungsjahr schon begonnen hat; denn Angebot und Nachfrage passen in der Berufsausbildung immer noch nicht zusammen. Einerseits klagen viele Betriebe, sie könnten keine Lehrlinge finden, andererseits haben zahlreiche Jugendliche trotz ihrer Bemühungen keinen Ausbildungsplatz gefunden.

Zahlen von Ende August besagen, dass noch 19.000 Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz waren. Ihnen standen 34.000 freie Stellen gegenüber.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Diese Diskrepanz hat ganz verschiedene Gründe, zum Beispiel die Attraktivität oder die fehlende Attraktivität mancher Berufe, die Ausbildungsbedingungen oder einfach regionale Unterschiede. Diesen verschiedenen Gründen werden wir bei Gelegenheit noch genauer nachgehen.

Offensichtlich ist jedoch der Nachwuchsmangel im Bereich der beruflichen Bildung. Chancen auf Karriere, höheres Einkommen und gesellschaftliches Ansehen sind nach weit verbreiteter Einschätzung eher durch einen akademischen denn durch einen beruflichen Bildungsweg erreichbar. Die gut gemachte Imagekampagne der Handwerks-

kammern konnte daran ebenso wenig grundsätzlich ändern wie die bisher von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen wie zum Beispiel Praktika und andere Berufsorientierungsmaßnahmen. Deshalb muss mehr getan werden, um die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Bildung in der Gesellschaft stärker zu verankern. Daran hapert es ja offensichtlich.

Mit diesem Antrag greift die SPD-Fraktion einige wichtige Punkte auf. Zu anderen Aspekten haben wir schon verschiedene Anträge gestellt und werden dies auch künftig tun. Mit dem vorliegenden Antrag nehmen wir die Mittel- und Realschulen in den Blick. Sie müssen personell besser ausgestattet werden. In den Mittelschulen fehlen vielfach Lehrer. Die Realschulen weisen immer noch vergleichsweise große Klassen auf. Dies beeinträchtigt den Lernerfolg in allen Bereichen und lässt den Schulen auch nicht genügend Spielraum, um die Schülerinnen und Schüler mit beruflichen Tätigkeitsfeldern vertraut zu machen. Dabei ist auch der Wandel in der Arbeitswelt und in den Berufsbildern zu beachten, damit die notwendigen Kompetenzen in der Schule vermittelt werden können. Übrigens, das wird in diesem Antrag nicht genannt, auch in den Gymnasien schadet eine Berufsorientierung keineswegs.

Zunehmend wichtiger wird der Kontakt zwischen den Schulen und den Eltern. Diese wollen in der Regel das Beste für ihr Kind. Ihnen gilt es zu vermitteln, dass es nicht den Königsweg der Bildung gibt, sondern dass es je nach Fähigkeiten und Neigungen zwar verschiedene, aber gleichwertige Bildungswege gibt. Viele Eltern sind sich des Stellenwerts der beruflichen Bildung nicht wirklich bewusst. Informationsveranstaltungen zu diesem Thema, organisiert von Mittel- und Realschulen, können hier Abhilfe schaffen. Wenn Eltern dort zum Beispiel erfahren, dass der Meisterbrief als Abschluss im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6 und damit dem Bachelor entspricht, kann und wird sie dies zu größerer Wertschätzung der beruflichen Bildung motivieren; und das ist doch in unser aller Interesse. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Petersen. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Heckner. Bitte schön, Frau Heckner.

Ingrid Heckner (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der akademischen Bildung ist eine Selbstverständlichkeit,

(Beifall bei der CSU)

zumindest für die rechte Seite des Hohen Hauses.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie stellen es als Problem dar, wenn der Übertritt ins Gymnasium nicht erreicht wird. Sie beklagen, dass die Übertrittsquote in manchen Regionen trotz gymnasialer Eignung unterdurchschnittlich sei. Sie sprechen außerdem von "früher Selektion". Von einer "gefühlten Gleichwertigkeit" kann überhaupt keine Rede sein, solange Sie diese Behauptungen aufstellen.

(Beifall bei der CSU)

Allein der Überschrift des Antrags, "Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herausstellen", könnten wir zustimmen. Das ist wie häufig bei Ihren Anträgen: Die Überschrift passt, aber was dann kommt, ist leider oft wenig fantasiereich. Bei Ihnen heißt es nämlich immer: Wir brauchen mehr Geld, und wir brauchen mehr Personal, um die Berufsorientierung noch intensiver zu gestalten. Dann steht in Ihrem Antrag auch noch das wunderbare Wort "umgehend" drin. Es soll "umgehend" mehr Geld und Personal zur Verfügung gestellt werden. Sie tun damit so, als ob in Bayern in diesem Bereich ein Notstand bestehen würde.

Bei dem, was Sie alles an Berufsorientierung fordern, bitte ich Sie, sich an die Fakten zu halten. Die Berufsorientierung in der Schule findet statt, und zwar mit Schülern und mit Lehrern. Die strukturierte Berufsorientierung in der Mittelschule ist eine verpflicht-

tende Säule. Sie beginnt ab der Jahrgangsstufe 5 und stellt ein Alleinstellungsmerkmal im bayerischen Schulsystem dar. Zahlreiche Maßnahmen sind hier zu einem Netzwerk verknüpft worden. Ich möchte nur einige Beispiele nennen: Wir haben bayernweit 84 Schule-Wirtschaft-Experten. Wir haben Schule-Wirtschaft-Regionalsprecher. An jeder Schule sind Kontaktlehrkräfte eingesetzt, die den Kontakt zur Wirtschaft und damit auch zu den Berufen herstellen sollen.

In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit werden im Rahmen der Maßnahmen zur Berufsorientierung acht Module angeboten. Insgesamt werden für die Mittelschulen 13 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit unsere Schülerinnen und Schüler Kontakt, und zwar praktischen Kontakt, zu den Berufsfeldern bekommen.

Im Schuljahr 2017/2018 sind an 18 Standorten Berufsorientierungsklassen Mittelschule/Berufsschule eingerichtet worden, die den Einstieg in die Berufswelt fördern sollen. Denn natürlich ist eines klar: Wenn etwas als gleichwertig eingeschätzt wird, muss auch der Wert bekannt sein, und man muss Informationen bekommen.

Das Gleiche gilt übrigens auch für die Realschule. In 98 % aller Realschulen gibt es feste Ansprechpartner für die Koordinierung der beruflichen Orientierung. Die Berufsvorbereitungsprogramme mit den örtlichen Firmen werden von den Lehrkräften organisiert und durchgeführt. Gerade die Realschulen und ihre Absolventen bilden mit ihrem eigenen praktischen Profil das Rückgrat unserer mittelständischen Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes.

Liebe Frau Petersen, Sie haben davon gesprochen, dass Berufsorientierung auch bei den Gymnasien nicht schadet. Beim neuen neunjährigen Gymnasium, das wir auf den Weg bringen, stellt die berufliche Orientierung einen Schwerpunkt dar. Das Gymnasium ist eine Schulart mit einer großen Schülerzahl. Es ist notwendig und verpflichtend, dass wir auch die Gymnasiasten mit der Berufswelt in Berührung bringen, wenn wir in unserer Gesellschaft von Fachkräftemangel und von Studienabbrechern sprechen. Die Gymnasiasten sollen Berufe kennenlernen und ausprobieren. Sie sollen ihre Ta-

lente systematisch entdecken. Auch vor der Neustrukturierung des Gymnasiums haben fast alle 322 staatlichen Gymnasien mit der Agentur für Arbeit zusammengearbeitet. Die Durchführung eines Betriebspraktikums ist schon jetzt an 84 % der Gymnasien Pflicht. Wir wollen die Pflicht des Betriebspraktikums auf alle Gymnasien ausweiten. Die Kammern und die Betriebe sind für die berufliche Orientierung die Ansprechpartner. Wir brauchen die jungen Leute, um unsere Wirtschaft weiterhin am Laufen zu halten. In Bayern ist die berufliche Bildung ein Wert. Dieses Signal geben wir den jungen Leuten und auch den Eltern.

Daher wollen wir auch die Schulart nicht vergessen, die ganz besonders zum hohen Stellenwert der beruflichen Bildung in Bayern beiträgt: Ich rede von unseren beruflichen Schulen. Diese leisten mit den Ausbildungsbetrieben eine hochqualitative Arbeit. Sie führen zahlreiche Informationswochen durch, wie die vom Kultusministerium jährlich mit organisierte Aktionswoche Aus- und Weiterbildung. In diesen Veranstaltungen wird die Öffentlichkeit intensiv darüber informiert, dass auch eine berufliche Ausbildung Karrierechancen bietet und dass man sich in Richtung Techniker, Meister oder Studium bzw. duales Studium weiterentwickeln kann.

Frau Petersen, Sie haben völlig richtig erwähnt, dass die Eltern natürlich nur das Beste für ihre Kinder wollen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Eltern erfahren, dass eine berufliche Ausbildung alle Karrierechancen eröffnet. Dies ist die beste Wertschätzung, die wir unseren jungen Leuten zukommen lassen können.

(Beifall bei der CSU)

In Ihrer Antragsbegründung behaupten Sie, dass es in Bayern eine einseitige Fokussierung auf das Gymnasium gebe. Das ist mitnichten der Fall. Unsere Bildungspakete erstrecken sich über alle Schularten, um die Berufsorientierung strukturiert durchzuführen. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Heckner. – Der nächste Redner ist der Kollege Häusler. Bitte schön, Herr Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die berufliche Bildung zu stärken und die Gleichwertigkeit gegenüber dem akademischen Weg herzustellen, ist ein hehres Ziel. Ich hatte ursprünglich angenommen, dass wir alle diesem Ziel zustimmen müssten. Frau Kollegin Heckner, Sie haben auch in Ihren Ausführungen gesagt, dass Sie eigentlich zustimmen müssten und gleichzeitig dagegen sein sollten. Das ist eine unlogische – –

(Ingrid Heckner (CSU): Da hätten Sie mal zuhören sollen!)

– Ich habe gut zugehört. Sie haben eine unterschiedliche Bewertung im Vergleich zu anderen im Plenarsaal. Aber die Bewertung unterscheidet sich letztlich im Detail. Wir, die FREIEN WÄHLER, als Partei der Handwerkerschaft und des Mittelstandes werden diesem Antrag natürlich zustimmen.

(Lachen bei der CSU)

Allerdings geht an die Adresse der Sozialdemokraten die kritische Bemerkung, dass der Antrag sehr oberflächlich formuliert ist. Sie fordern geeignete Maßnahmen und beschreiben dabei zwei hinlänglich bekannte Forderungen, nämlich die bessere Ausstattung der Mittel- und Realschulen sowie die Bewusstseinsbildung und Aufklärung der Eltern. Wer am letzten Donnerstag rechtzeitig im Plenum war, wurde von Prof. Michael Piazzolo anlässlich der Aktuellen Stunde umfassend über die Attraktivität und Ausstattung der Mittel- und Realschulen informiert. Er ging explizit auf die Stärkung der Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung ein. Die Gleichwertigkeit beginnt im digitalen Zeitalter bereits bei der zeitgemäßen Ausstattung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darüber haben wir eben gesprochen. Gleichwertigkeit muss eine attraktive und vergleichbare Besoldung zur Folge haben. Deshalb ist es vordringlich, dem Schülerrück-

gang, der sich leidvoll auf die Besetzung der offenen Ausbildungsplätze auswirkt, entgegenzuwirken.

In den letzten drei Jahren hat die Zahl der Studienanfänger die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse deutlich überschritten. Man kann sagen, dass die zunehmende Akademisierung der Arbeitswelt, teilweise über den Bedarf hinaus, in der Zukunft zu einem Fachkräftemangel führen wird. Ein sehr positives Zeichen ist, dass die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit dem letzten Jahr wieder ansteigt; jedoch nicht im erforderlichen Maß, um einer Generalisierung der beruflichen Ausbildung zugunsten eines ausgewogenen, regionalen Spezialistentums entgegenzuwirken. Unsere Kleinst- und Mittelbetriebe stehen in einem zunehmenden Verdrängungswettbewerb mit Hochschulen und Großbetrieben.

Im vorliegenden Antrag wird exemplarisch auf das Niveau 6 des Deutschen Qualifikationsrahmens – DQR – verwiesen. Dieser ist mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen identisch, der seit 2008 definiert ist und dem 27 Staaten beigetreten sind. Der DQR ist auf vier Säulen aufgebaut, nämlich auf Wissen, Fertigkeit, Sozialkompetenz und Selbstständigkeit. Hinsichtlich der Schul- und Ausbildungsabschlüsse lässt er jedoch einen ausgedehnten Spielraum. So sind im gegenständlichen Level 6 der Meister und der Techniker – dieser ist im Antrag nicht aufgeführt – dem Bachelorabsolventen gleichgestellt. Das ist gut so und verleiht der beruflichen Bildung die notwendige Anerkennung und Akzeptanz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme nun zurück zum Antrag. Die Staatsregierung soll geeignete Maßnahmen ergreifen. Durch DQR und EQR gibt es einen Bezugsrahmen zur besseren Vergleichbarkeit der jeweiligen Bildungsabschlüsse. DQR und EQR sind sozusagen Transparenzinstrumente.

Welche Rückschlüsse und Forderungen will der Antragsteller davon ableiten? – Mit einer entsprechenden Zuordnung ist nämlich keine Berechtigung der Anerkennung

von Bildungszugängen und von Abschlüssen verbunden. Sie bedingt auch keine wechselseitige Durchgängigkeit. Zum Beispiel erfordert ein Bachelorabschluss ein Hochschulstudium. Der Meisterbrief ersetzt den Bachelorabschluss eben nicht und umgekehrt. Die Eingruppierung und Besoldung, insbesondere im öffentlichen Dienst, stellt im Wesentlichen auf Schul- und Studienabschlüsse ab. Hier findet weder der Deutsche noch der Europäische Qualifikationsrahmen eine entsprechende Berücksichtigung. Ein transparentes Beispiel ist die Lehrerbesoldung an beruflichen Schulen. Der Berufsschullehrer erhält eine Einstiegsbesoldung in A 13, der Fachlehrer in A 10. Im Qualifikationsrahmen könnten beide Lehrkräfte Q 7 zugeordnet werden. Deshalb stelle ich den Antragstellern, den Sozialdemokraten, folgende Frage: Zielen Sie ausschließlich auf die gesellschaftliche Wertschätzung ab, oder wollen Sie mehr? – Die Beantwortung dieser Frage sind Sie schuldig geblieben.

Wir, die FREIEN WÄHLER, fordern seit Jahren Maßnahmen zur Stärkung der dualen Bildung. Das betrifft insbesondere die Gleichstellung von Meistern und Bachelorabsolventen. Wir haben die Abschaffung der Studiengebühren erfolgreich erkämpft. Wir haben folgerichtig Bildungsgutscheine für erfolgreiche Meisterabsolventen eingefordert. So gibt es jeweils 3.000 Euro Entlastung bzw. Förderung. Die Staatsregierung erhöht ab 2018 zwar den Meisterbonus auf 1.500 Euro, aber dies sind exakt 50 % gegenüber der akademischen Bildung, nämlich dem vergleichbaren Bachelor.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Darüber haben wir vorhin bereits gesprochen. Das ist eine eklatante Bildungsungerechtigkeit.

Kolleginnen und Kollegen, deshalb mein Appell an die Mehrheitsfraktion: Stimmen Sie wenigstens diesem Antrag zu! Dies wäre ein kleiner Einstieg in einen ganz steilen Weg nach oben. Dieser bedarf noch viel Mühe und Schweiß.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Häusler. – Der nächste Redner ist der Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wird immer viel beschworen; aber wenn man sich die Praxis, die Wirklichkeit und das Image vor Augen hält, dann stellt man fest, dass sie eben nicht gegeben ist. Es geht, Kollegin Heckner, schon beim Übertritt los. Solange Sie den Schülerinnen und Schülern, die auf dem Gymnasium den Königsweg zum Studium beschreiten, ein "Gut" attestieren und denen, die auf die Mittelschule gehen und damit den Königsweg zur dualen Ausbildung beschreiten, nicht einmal ein "Befriedigend" bescheinigen, ist das Image doch schon gesetzt. Die Eltern entscheiden dann, und wer will nicht, dass sein Kind zu den Guten und damit zum Studieren geht?

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Da liegt das Problem schon im System. Es ist außerdem falsch, weil natürlich ein Handwerker oder eine Handwerkerin heute kognitive Leistungen bringen muss, die denen eines Akademikers nicht nachstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird immer von den Indianern am Gymnasium und den Häuptlingen an der Mittelschule geredet. Aber ich muss sagen: Ich habe letztes Jahr ein neues Dach auf mein Haus bekommen. Da war ich froh, dass der Häuptling einer mit einer dualen Ausbildung war und keiner mit einem Studium. Das kann ich Ihnen auch sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stimmen diesem Antrag der SPD zu, obwohl er zu kurz greift. Es geht hier nur um Berufsorientierung an Mittelschulen und Realschulen. Tatsächlich brauchen wir auch die Berufsorientierung an den Gymnasien. Es muss normal sein und als erfolgreich

gelten, wenn man zuerst auf dem Gymnasium war und dann von dort weggeht und eine duale Ausbildung macht. Das ist nicht mehr ein Versagen.

Wir haben vor einiger Zeit einen Antrag zur Berufsorientierung am Gymnasium gestellt. Er ist von den Kollegen aus der CSU-Fraktion vehement abgelehnt worden. Jetzt sehen wir, dass beim G 9 das Kultusministerium von Berufsorientierung am Gymnasium redet. Offensichtlich werden im Kultusministerium die GRÜNEN-Anträge gelesen und auch ernst genommen, und offensichtlich scheint das Kultusministerium weiter zu sein als die CSU-Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte mir bei diesem Thema schon etwas mehr sportlichen Ehrgeiz von der Fraktion gewünscht.

Die SPD fordert zu Recht, dass man darauf hinweist, dass der Meisterbrief als Abschluss im Deutschen und Europäischen Qualifikationsrahmen dem Niveau 6 und damit dem Bachelor entspricht. Aber das reicht natürlich nicht aus. Wir müssen darauf achten, wie der EQR-Rahmen tatsächlich umgesetzt ist. Ich bin dem Kollegen Häusler dankbar, dass er einige wichtige Themen angesprochen hat. Ich frage dann schon: Wo ist der Masterstudiengang für Meister, die nach ihrem Meister einen Masterstudiengang belegen wollen, der auch von der akademischen Welt anerkannt wird, ohne dass sie alles nachholen müssen, weil er den Qualifikationsanforderungen entspricht?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Davon sind wir noch weit weg.

Gehen wir noch eine Altersstufe nach unten. Es gibt ganz wenige Modellversuche in Bayern, in deren Rahmen man das Abitur und eine Lehre parallel machen kann. In der Schweiz kann ein relativ großer Anteil der Abiturienten gleichzeitig das Abitur und eine Lehre machen, also eine gleichwertige Ausbildung in beiden Bereichen. Auch da ist noch viel zu tun. In Bayern, zum Beispiel in Unterfranken, haben wir in der Kfz-Industrie das Modell Abi plus, bei dem man nach dem Abitur in einem Jahr eine Lehre machen kann. Das sind einzelne regionale Aktivitäten der Wirtschaft, die aber nicht von

der Staatsregierung, vor allem nicht vom Kultusministerium, so unterstützt werden, wie es notwendig wäre.

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es noch viel zu tun beim Thema Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung. Wie gesagt, dieser Antrag der SPD ist ein kleiner Antrag; aber wir werden ihm zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann. Bitte schön, Herr Muthmann.

Alexander Muthmann (fraktionslos): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich dem Kollegen Gehring gleich anschließen, nachdem er zuletzt festgestellt hat, dass da noch viel zu tun ist. Die Begründung des Antrags der SPD unterstreicht das auch. Das Beste an diesem Antrag ist die Überschrift,

(Ingrid Heckner (CSU): Genau, habe ich auch gesagt!)

die das Ziel sehr deutlich unterstreicht und betont: "Berufliche Bildung stärken und Gleichwertigkeit ... herausstellen". In der Begründung des Antrages ist dann aber davon die Rede, dass es dabei insbesondere um die Mittel- und Realschulen zu gehen hat. Das ist schon unzureichend.

(Ingrid Heckner (CSU): Genau!)

Frau Petersen hat erläutert, wenn man im Gymnasium dann auch noch ein bisschen was macht, dann schadet das nicht. Das unterstreicht bereits die Schieflage auch in der Bewertung. Es ist vielmehr zwingend notwendig, gerade auch im Gymnasium diese Perspektiven deutlicher zu machen und den Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien den Blick auf die Qualität der beruflichen Bildung zu öffnen; denn es wäre geradezu gefrevelt, wenn die Gymnasiasten nicht erkennen könnten, was an berufli-

chen Perspektiven, an Entwicklungspotenzial, im Übrigen auch an Verdienstmöglichkeiten im Handwerk jetzt und auch künftig besteht. Da muss mehr kommen. Gerade die Gymnasien kann man nicht nur unter "ferner liefern" nennen. An anderer Stelle, in der Enquete-Kommission, wird die Akademikerquote in einer Region als Indikator für die Entwicklungsmöglichkeit und die Entwicklungsqualität der Region diskutiert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch all das ist sehr verdächtig und nicht im Sinne der Gleichwertigkeit.

Zuletzt erscheint im Antrag auch die Forderung, ausreichend finanzielle und personelle Mittel zur Verfügung zu stellen. Was wäre denn das? – Ich bitte die SPD, zu verdeutlichen, wie diese Zielsetzung zu erreichen ist, und zu präzisieren, wie es zu gehen hat. Man kann dem Antrag zustimmen, aber im Wesentlichen nur wegen der Zielsetzung und nicht wegen der Begründung.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Kollege Muthmann (fraktionslos) und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich gehe nun zurück zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt beim Berichtsantrag zum neuen Schulverwaltungsprogramm, Drucksache 17/17771, Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Betreff neu gefasst wird. Den Antrag zu den IT-Managern, Drucksache 17/17772, empfiehlt er zur Ablehnung.

Wer dem Berichtsantrag auf Drucksache 17/17771 mit der vorgenannten Maßgabe zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Kollege Felbinger (fraktionslos) und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Nun führen wir wie beantragt die namentliche Abstimmung zum Antrag auf Drucksache 17/17772 durch. Das ist der Antrag zu den IT-Managern. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 19.07 bis 19.12 Uhr)

Es gibt noch eine Minute Zeit für alle, die noch von draußen "herbeihechten".

Ich schließe die Abstimmung, fünf Minuten sind um. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben. Ich bitte Sie, jetzt die Plätze wieder einzunehmen, damit ich in der Tagesordnung fortfahren kann.